

Irak

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
37 Millionen	Muslime:	97 %
	Christen:	0,8 %
	Sonstige:	2,2 %



Irak – Rückkehr zur Normalität?

Im Dezember 2017 verkündete die irakische Regierung unter Ministerpräsident Haider al-Abadi den militärischen Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Der Irak sei nun „vollständig befreit“ vom IS. Mehr als drei Jahre hatte der Kampf gegen die Islamisten gedauert. Der jetzige Sieg sei nicht nur ein Sieg für die Iraker, sondern auch für die Araber und Muslime allgemein, denn der Feind habe „unsere Kultur auslöschen wollen“, so der Ministerpräsident.

Fast ein Drittel des Iraks hatte der IS im Jahr 2014 unter seine Kontrolle bringen können, dazu große Teile Syriens. In der Millionenstadt Mossul im Norden des Iraks hatte der IS im Juni 2014 ein Kalifat ausgerufen unter dem Anführer Abu Bakr al-Baghdadi.

Im Kampf gegen den IS waren die irakischen Truppen von US-geführten internationalen Verbänden unterstützt worden. Von US-Seite hieß es, der IS habe mehr als 95 Prozent des von ihm eroberten Gebietes wieder verloren. Der Kampf gegen extremistische Ideologien müsse aber weitergehen, um ein Wiedererstarken des IS und die Entstehung anderer terroristischer Gruppen zu verhindern. Die Frage, wie viele IS-Kämpfer aus Syrien und dem Irak entkommen konnten und wohin sie geflohen sind, lässt sich allerdings nicht beantworten. Darüber gibt es keine gesicherten Erkenntnisse. Anzunehmen ist, dass ein Teil der IS-Kämpfer sich in andere Länder abgesetzt hat, zum Beispiel nach Afghanistan oder in die Türkei. Einzelne IS-Zellen sind auch weiterhin im Irak und in Syrien aktiv.

Nachdem der IS militärisch besiegt ist, gilt es nun, die im Kampf gegen den IS entstandenen Schäden zu beseitigen: Zurückgelassene Sprengsätze und Minen müssen aufgespürt und unschädlich gemacht werden, die Infrastruktur (Straßen, Wasser, Strom, Krankenhäuser etc.) muss wiederher-

gestellt werden, städtische Dienstleistungen müssen wieder angeboten werden und vieles mehr. Im Februar 2018 kamen Vertreter von Geberländern, Nichtregierungsorganisationen, internationalen Unternehmen und Verantwortlichen aus dem Irak zu einem dreitägigen Treffen in Kuwait-Stadt zusammen, um über den Wiederaufbau des Irak zu beraten. Mitveranstalter der Konferenz waren die Europäische Union und die Weltbank. Nach Angaben der irakischen Regierung wurden im Kampf gegen den IS rund 70 000 Häuser völlig zerstört. Insgesamt seien fast 140 000 Wohngebäude beschädigt worden. Schätzungen zufolge wird für den Wiederaufbau sämtlicher Strukturen mittelfristig ein Betrag von rund 88 Milliarden US-Dollar (etwa 71 Milliarden Euro) benötigt.

Wegen der aufgrund von Terror und Gewalt seit Jahren anhaltenden gefährlichen Sicherheitslage im Irak gibt es heute etwa drei Millionen Binnenflüchtlinge. Viele von ihnen warten seit Jahren darauf, in ihre ursprünglichen Heimatgebiete zurückkehren zu können. Dazu kommen Flüchtlinge aus dem Ausland. So lebten Ende 2017 etwa 230 000 registrierte Flüchtlinge aus Syrien im Irak.

Innere Zerrissenheit

Nach wie vor groß sind die ethnischen und religiösen Spannungen im Irak. Das politische Geschehen ist bislang eher von einem Gegeneinander der verschiedenen ethnischen und konfessionellen Gruppen geprägt als von einem konstruktiven Miteinander. Und selbst die großen Volksgruppen der Sunniten, Schiiten und Kurden sind in sich gespalten in jeweils Dutzende von Splittergruppen und politischen Parteien mit ganz unterschiedlichen Zielen und Programmen.

Unabhängigkeitsreferendum der Kurden

Im September 2017 stimmten die Kurden im Irak in einem Unabhängigkeitsreferendum mit überwältigender Mehrheit (92 %) für eine Abspaltung ihrer Region und einen unabhängigen Kurdenstaat. Das Referendum fand trotz eines Verbots der Zentralregierung in Bagdad statt und löste schwere Spannungen zwischen der Zentralregierung und der Autonomen Republik Kurdistan aus. Die Zentralregierung akzeptierte das Votum nicht und

schickte militärische Truppen in den Norden. Die irakische Armee und verbündete Schiitenmilizen rückten in Gebiete vor, die kurdische Peschmerga-Verbände im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) unter ihre Kontrolle gebracht hatten. In diesen Auseinandersetzungen geht es um Gebiete, die sowohl die Kurden wie auch die Zentralregierung in Bagdad beanspruchen, darunter die ölfreiche Provinz Kirkuk. Gegen die Übermacht der Regierungstruppen hatten die Peschmerga aber keine Chance und so zogen sie sich aus vielen Gebieten weitgehend kampfflos zurück. Die Stadt Kirkuk und wichtige Ölfelder stehen jetzt wieder unter der Kontrolle der Zentralregierung. Als zusätzliche Strafmaßnahme verhängte Bagdad ein Verbot internationaler Flüge nach Erbil und Suleimaniya.

Zu den umstrittenen Gebieten gehören auch Teile der Ninive-Ebene. Dort leben traditionell vor allem Minderheiten: Christen, Jesiden, Schabak und andere. Sie sind direkt betroffen von den Spannungen und Rivalitäten um Gebietsansprüche und der daraus resultierenden Unsicherheit, denn es ist nicht klar, wer hier auf Dauer regieren wird.

125 000 Christen vom IS vertrieben

Viele Christen im Irak leiden bis heute unter den gravierenden Folgen der rund dreijährigen IS-Herrschaft. Rund 125 000 Christen waren im Sommer 2014 von der Terrormiliz aus der Stadt Mossul und vor allem aus der angrenzenden Ninive-Ebene vertrieben worden.

Rigoros und mit Gewalt ging der „Islamische Staat“ nicht nur gegen Muslime vor, die sich seiner strengen Auslegung des Islam nicht beugen wollten, oder gegen „häretische“ Formen des Islam, wie insbesondere die schiitische Glaubensgemeinschaft, sondern vor allem auch gegen nicht-muslimische religiöse Minderheiten. Der IS betrieb hier regelrechte „religiöse Säuberungen“.

Nachdem der „Islamische Staat“ Ende Juni 2014 ausgerufen worden war, als Wiedererrichtung des Kalifats, wurden die Christen in Mossul aufgefordert, entweder zum Islam zu konvertieren oder die klassische Sondersteuer für Nicht-Muslime (Dschizya) zu entrichten. Diese Steuer gilt nach traditioneller islamischer Lehre für die unterworfenen nicht-muslimischen

Bevölkerung, soweit sie zu den „Schriftbesitzern“ zählt, also zu den Juden oder Christen. Andere Religionsgemeinschaften haben nach dieser Auslegung des Islam keine Daseinsberechtigung.

Am 18. Juli 2014 verschärfte sich die Haltung gegenüber der christlichen Minderheit. Über Lautsprecher an den Moscheen wurden alle Christen in Mossul dazu aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Sollten sie der Forderung nicht nachkommen, drohe ihnen der „Tod durch das Schwert“. Oft waren es muslimische Nachbarn, die die Häuser, in denen Christen wohnten, mit dem arabischen Buchstaben „Nun“ beschmierten. Mit diesem Buchstaben beginnt das arabische Wort „nasrani“ für „Christ“, abgeleitet von „Nazareth“. So wurden Christen von ihren Nachbarn an den IS verraten. Ähnlich wurden die Häuser von schiitischen Muslimen mit dem arabischen „R“ beschmiert für „Rafidha“, der „Ablehnende“ (aus sunnitischer Sicht lehnen Schiiten den „wahren Islam“ ab).

Nach dem Ultimatum verließen innerhalb weniger Stunden nahezu alle noch verbliebenen Christen die Stadt Mossul, die einst wegen ihrer vielen Kirchen und christlichen Gemeinden als „Rom des Orients“ bezeichnet wurde. Vor dem Einmarsch der US-Truppen im Jahr 2003 lebten in Mossul rund 50 000 Christen. Die Ursprünge dieser christlichen Gemeinschaft reichen rund 1600 Jahre zurück. Betroffen war auch die an Mossul angrenzende Ninive-Ebene, in der traditionell überwiegend Christen gewohnt haben. Insgesamt sind aus Mossul und der Ninive-Ebene rund 125 000 Christen vor dem IS-Terror geflohen. Ein großer Teil der Flüchtlinge ging in die rund 80 Kilometer östlich gelegene Stadt Erbil, die Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan. Vor allem in dem Vorort Ankawa, der überwiegend von Christen bewohnt wird, fanden sie Zuflucht bei christlichen Gemeinden. Mit der Hilfe von KIRCHE IN NOT und anderen Hilfswerken und Initiativen wurden dort Flüchtlingsunterkünfte und sogar Schulen gebaut und die Flüchtlinge mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten versorgt.

Für die Christen im Irak bedeutete diese Vertreibung durch den IS eine Katastrophe. Der chaldäisch-katholische Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, in dessen Diözese sich unzählige Christen geflüchtet hatten, sagte im Februar 2015 in London vor dem Oberhaus des britischen Parlaments:

„Über viele Jahrhunderte hinweg haben wir Christen im Irak immer wieder schwere Zeiten und auch Verfolgungen erfahren. Doch was wir jetzt erlebt haben, ist der schlimmste Genozid in unserer Heimat. Wir stehen vor der vollständigen Auslöschung des Christentums im Irak.“

Rückkehr in die Heimat möglich?

Ende 2017 lebten noch immer rund 90 000 christliche Flüchtlinge in Erbil, die Mehrzahl nach wie vor in Notunterkünften. Sie waren weiterhin auf die Hilfe der Kirche angewiesen, vom Staat kam nur wenig Unterstützung. Viele von ihnen sind hin- und hergerissen: Haben sie noch eine Chance auf ein sicheres Leben im Irak? Sollen sie es riskieren, nach dem militärischen Sieg über den IS und der weitgehenden Vertreibung der IS-Kämpfer aus dem Irak, in ihre Heimatorte in der Ninive-Ebene oder nach Mossul zurückzukehren? Oder ist es besser für sie und ihre Kinder, sich im Ausland, im Exil, eine neue Zukunft aufzubauen?

Viele christliche Dörfer in der Ninive-Ebene konnten im November und Dezember 2016 durch irakische und kurdische Truppen vom IS zurückerobert und befreit werden. Als die ersten Christen dorthin zurückkehrten, um zu schauen, was aus ihrem Besitz geworden war, mussten sie schwere Schäden und Verwüstungen feststellen. Viele Häuser waren nicht mehr bewohnbar. Trotzdem keimte Hoffnung auf und bei vielen wurde der Wunsch stark, in ihre Heimatorte zurückzukehren und alles wiederaufzubauen. Dazu waren sie aber alleine nicht in der Lage.

Der erste Schritt bestand darin, genaue Informationen über das Ausmaß der Zerstörungen zu ermitteln. Dazu wurde im Frühjahr 2017 unter Leitung von KIRCHE IN NOT ein überkonfessionelles Wiederaufbau-Komitee gegründet. Vertreter der chaldäisch-katholischen, syrisch-katholischen und syrisch-orthodoxen Kirche sind daran beteiligt. Haupt- und Ehrenamtliche vor Ort wurden dabei unterstützt, die Schäden detailliert zu erfassen. Auch moderne Satellitentechnik kam dabei zum Einsatz. Die Untersuchungen ergaben, dass mehr als 13 000 Gebäude in den christlichen Siedlungen der Ninive-Ebene durch die Angriffe der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) schwer beschädigt worden waren, darunter Wohnhäuser, Kindergärten, Schulen, Kirchen und Klöster. Über 1200 Gebäude waren komplett zerstört.

Viele Gebäude waren zudem geplündert worden. Erste Schätzungen ergaben Wiederaufbaukosten von mehr als 250 Millionen US-Dollar.

Auch dank der hohen Eigeninitiative der christlichen Bevölkerung war es möglich, den Wiederaufbau schnell in die Wege zu leiten. Ende 2017 waren bereits 25 000 christliche Flüchtlinge in ihre Heimatorte in der Ninive-Ebene zurückgekehrt. Die Rückkehr erfordert Mut und Entschlossenheit, und die Anstrengungen des Wiederaufbaus sind enorm. Es geht dabei aber um nicht weniger als den Erhalt der fast 2000 Jahre alten christlichen Präsenz im Irak.

Exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt sowie wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

Juli 2015: Die Christen im Irak wünschen sich einen Besuch von Papst Franziskus in ihrem Land. Das sagte der chaldäisch-katholische Patriarch von Bagdad, Louis Raphael Sako, im Gespräch mit Radio Vatikan: „Wir brauchen seine Anwesenheit unter uns, damit er uns Kraft und Hoffnung gibt, nicht nur den Christen, sondern allen. Der Papst ist ein Symbol nicht nur für die Christen. Er ist international gesehen eine spirituelle und moralische Autorität, und alle warten auf seine Anwesenheit unter uns. Das könnte uns so viel Kraft geben, auszuharren und nicht aufzugeben.“ Schwere Vorwürfe machte der Patriarch der internationalen Staatengemeinschaft. Die westlichen Länder betrieben „eine Politik, die nur ihr wirtschaftliches Interesse sucht und nicht das Wohl der Menschen“, so Sako. „Sie suchen nicht den Frieden.“ Ein Grundübel ist aus seiner Sicht der internationale Waffenhandel. „Waffen herzustellen, heißt auch, Krieg herzustellen.“ Der Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ sei nur zu bekämpfen durch eine breite internationale Allianz. Es brauche aber nicht nur eine Erneuerung der Politik und der Wirtschaft, sondern auch eine Erneuerung des Islam, verdeutlichte Sako: „Die Muslime müssen eine neue Lesart des

Islam finden, um die positive Botschaft für das menschliche Leben zu entdecken, den Respekt der Würde des Menschen.“ Für den Irak forderte der Patriarch eine klare Trennung von Religion und Staat. Alle Bürger hätten „die gleichen Rechte und Pflichten, ohne Rücksicht auf ihre Religion“. Die traditionell kulturelle Vielfalt im Irak müsse geschützt werden. Dazu aber sei ein Mentalitätswandel nötig; dieser erfordere „die Erziehung ganzer Generationen mit zeitgemäßen religiösen Bildungsprogrammen“, so Sako. Seit dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 seien im Irak 62 Kirchen angegriffen und 1264 Christen getötet worden, erklärte Sako. Christen im Irak und in Syrien erlebten derzeit „eine Verfolgung wie in der Urkirche“.

August 2015: Papst Franziskus verfasste einen Brief an die christlichen Flüchtlinge im Nahen Osten. Darin verurteilte er das Vorgehen von islamischen Terroristen und Fanatikern im Nahen Osten gegen Minderheiten, „vor allem gegen Christen“. „Sie sind die Märtyrer von heute, gedemütigt und diskriminiert um ihrer Treue zum Evangelium willen.“ Der Brief des Papstes war adressiert an den Lateinischen Weihbischof von Jerusalem, Maroun Lahham. Dieser ist auch der Verantwortliche des Lateinischen Patriarchats für Jordanien, wo sich viele Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufhalten. Der Papst schreibt, es gehe ihm um „ein Wort der Hoffnung für alle, die angesichts der Gewalt ihre Häuser und ihr Land verlassen mussten“. In vielen Teilen der Welt würden derzeit Christen verfolgt, und zwar „vor den Augen und dem Schweigen aller Menschen“. Die Kirche aber „vergisst ihre Kinder, die um ihres Glaubens willen ins Exil gehen müssen, nicht, und sie lässt sie nicht allein“, versicherte der Papst. „Sie sollen wissen, dass täglich für sie gebetet wird und dass das Zeugnis, das sie uns geben, anerkannt wird.“ Neben einem ausdrücklichen Dank an die (mehrheitlich muslimischen) Jordanier für ihre „solidarische Hilfe“ den Flüchtlingen gegenüber enthält der Brief des Papstes auch einen Appell an die „öffentliche Meinung der Welt“: Sie solle „aufmerksamer, sensibler und bereitwilliger auf die Verfolgungen von Christen und, allgemeiner, religiöser Minderheiten reagieren“, so Papst Franziskus. „Ich rufe die internationale Gemeinschaft von neuem dazu auf, nicht stumm und tatenlos zu bleiben angesichts dieses inakzeptablen Verbrechens, das ein besorgniserregendes Abdriften von den grundlegendsten Menschenrechten bedeutet und den Reichtum des Zusammenlebens von Völkern, Kulturen und Glaubensbekenntnissen verhindert.“

Oktober 2015: Mehr als ein Jahr nach der Vertreibung von über 125 000 Christen aus Mossul und der Ninive-Ebene durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hatten viele Flüchtlinge die Hoffnung verloren, bald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Dies erklärte der chaldäisch-katholische Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, bei einem Besuch in der Zentrale von KIRCHE IN NOT in Königstein im Taunus. Seit Sommer 2014 hätten die Vertriebenen in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, besonders in deren Hauptstadt Erbil, Zuflucht gefunden. „Dank unserer Partner wie KIRCHE IN NOT hat sich die humanitäre Situation seit Sommer 2014 stabilisiert. Niemand muss mehr in Zelten leben“, so der Erzbischof. Die Mehrzahl der Flüchtlinge wohne mittlerweile in Wohncontainern oder in angemieteten Wohnungen. Besonders froh zeigte sich Warda darüber, dass KIRCHE IN NOT acht Schulen errichtet hat. „Heute gibt es in Erbil praktisch keine Kinder mehr, die keinen Unterricht haben“, sagte Warda. Außerdem könnten seine Mitarbeiter jeden Monat alle Flüchtlingsfamilien mit einem Nahrungsmittelpaket versorgen. Neben der humanitären Hilfe liege dem Erzbischof die pastorale Begleitung am Herzen. „Wir feierten kürzlich in Erbil ein Glaubensfest mit 1200 Teilnehmern. Die Zeugnisse der Menschen haben mich tief bewegt. Viele junge Leute sprachen von der Dunkelheit, durch die sie nach der Flucht gehen mussten. Als sie aber sahen, dass die Kirche mit ihnen war, dass Priester und Ordensfrauen an ihrer Seite standen, haben sie neuen Mut gefasst“, berichtete Warda. Dennoch beklagte der Erzbischof eine beträchtliche Abwanderung von Christen aus dem Irak. „Im letzten Jahr lebten in unserer Erzdiözese 13 500 christliche Flüchtlingsfamilien. Inzwischen haben 3000 von ihnen den Irak verlassen.“ Dies sei sehr bedauerlich, da im Irak seit frühchristlicher Zeit Christen leben.

Oktober 2015: In der letzten Oktoberwoche tagte im Vatikan die Synode der chaldäisch-katholischen Kirche. Die chaldäisch-katholische Kirche ist eine mit Rom unierte Ostkirche, der gut 500 000 Gläubige in aller Welt angehören. Sie leben im Irak und in der Diaspora. 21 Bischöfe aus dem Irak und verschiedenen Orten der Diaspora waren im Vatikan zusammengekommen. Das Treffen fand in Rom statt, um den Bischöfen aus Amerika und Ozeanien die Teilnahme zu erleichtern. Papst Franziskus empfing die Teilnehmer der Synode zu einer Audienz. In seiner Ansprache ging er auf das Leiden der Christen im Nahen Osten ein. Die heutige Zeit sei geprägt „durch zahllose Beispiele von Verfolgung bis hin zum Martyrium“, ein Zustand, den vor

allem die chaldäische Kirche im Nahen Osten zu spüren bekomme. Papst Franziskus versicherte ihr: „Deshalb bestätige ich, heute mehr denn je, all die Unterstützung und die Solidarität des Heiligen Stuhls zugunsten des Gemeinwohls der chaldäischen Kirche. Ich bete, dass Christen nicht gezwungen sind, im Irak und im Nahen Osten aufzugeben. Ich denke vor allem an die Söhne und Töchter eurer Kirche, mit ihrer reichen Tradition.“ Die internationale Gemeinschaft forderte der Papst auf, eine klare Strategie zu entwickeln, um den Frieden in der Region wiederherzustellen: „Euer Besuch ermöglicht es mir, einen dringenden Appell an die internationale Gemeinschaft zu erneuern, damit jede nützliche Strategie für die Befriedung der von Hass fürchterlich verwüsteten Länder unterstützt werden kann. Sodass die tragischen Dramen, die durch die Gewalt entstehen, enden und ein Klima des Zusammenlebens entstehen können.“ Fanatischer Hass und Terrorismus sorgten für einen „großen Verlust an Gläubigen, die die Länder ihrer Väter verlassen“, sagte Franziskus weiter. „Dieser Zustand untergräbt sicherlich die christliche Präsenz in dem Land, die mit dem Weg Abrahams begonnen hat, die die Stimme der Propheten nachhallen lässt, die auf die Hoffnung Israels während des Exils hinweist, die auf den ersten Kirchen und dem Blut vieler Märtyrer gründet, die die Fülle des Evangeliums bezeugt, die ihren eigenen Beitrag für die Gesellschaft leistet, während der Jahrhunderte des friedlichen Zusammenlebens mit unseren Brüdern des Islams.“

Februar 2016: Zum dritten Jahrestag seiner Wahl zum Oberhaupt der chaldäisch-katholischen Kirche veröffentlichte Patriarch Louis Raphael Sako einen Hirtenbrief, in dem er die Christen im Irak zur Zusammenarbeit über die Konfessionsgrenzen hinweg aufruft. Gemeinsam sollten sie sich für das Wohl des Landes einsetzen. Dann könnten sie als wichtige Kraft in der Gesellschaft wirken. In den zurückliegenden Jahren sei das Wirken der Christen im Irak durch „politische Meinungsverschiedenheiten“ häufig „neutralisiert“ worden, beklagte der Patriarch. Damit die Anliegen der Christen und der Kirchen in der irakischen Politik aufgegriffen würden, sei ein „geeintes und ökumenisches Zusammenwirken“ der Christen erforderlich. Anlass zur Hoffnung gebe die Tatsache, dass trotz Terror und Gewalt und trotz der hohen Flüchtlings- und Auswandererzahlen das Christentum im Irak noch nicht völlig verschwunden sei, heißt es in dem Schreiben des Patriarchen. Am 1. Februar 2013 war Sako von einer chaldäisch-katholischen Synode zum Patriarchen gewählt worden.

Februar 2016: Am 4. Februar 2016 verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg mit großer Mehrheit eine Resolution, in der die „ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen“ im Herrschaftsgebiet des sogenannten „Islamischen Staates“ als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ scharf verurteilt werden. In dieser Resolution werden die Opfer dieser Verbrechen auch klar beim Namen genannt: „chaldäische, syrische, assyrische, melkitische und armenische Christen, Jesiden, Turkmenen, Schiiten, Schabak, Sabier, Kakai und Sunniten, die nicht mit der IS-Auslegung des Islam einverstanden sind“. Der IS versuche, „alle religiösen Minderheiten in den von ihm beherrschten Gebieten zu vernichten“. In diesem Zusammenhang spricht das Europaparlament ausdrücklich von „Völkermord“, der an Christen, Jesiden und anderen Minderheiten verübt werde. Weil es sich um Völkermord, um einen Genozid, handele, müssten nun die Vereinten Nationen und der UN-Sicherheitsrat tätig werden, damit alle, die an diesem Völkermord beteiligt sind, vor Gericht gebracht und bestraft werden.

Februar 2016: Vertreter mehrerer orientalischer Kirchen kamen in der Stadt Baabda im Libanon zu einem Jahrestreffen zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung riefen sie anschließend zum Kampf gegen den Terror auf und forderten die Errichtung einer „Kultur des Friedens und des Respekts von Menschenrechten“. Der Generalsekretär der Gruppe „Christen des Ostens“, der libanesisch maronitische Bischof Samir Mazloum, erklärte, angesichts von Gewalt, Terror, Mord und Vertreibung erlebten die Christen im Nahen Osten gegenwärtig die schwierigsten Bedingungen seit ihrem Bestehen.

Februar 2016: Der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi wurde im Vatikan von Papst Franziskus zu einem Gespräch empfangen. Nach Angaben des vatikanischen Presseamtes wurde über die Bedeutung einer bleibenden Präsenz des Christentums im Irak gesprochen. Außerdem wurden der Schutz der Rechte religiöser Minderheiten im Irak und Möglichkeiten der Versöhnung verfeindeter Gruppen angesprochen.

März 2016: In einer schriftlichen Botschaft an seine Gläubigen sprach sich Patriarch Louis Raphael Sako gegen die Schaffung christlicher Milizen für den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ aus. Wenn Christen sich diesem Kampf anschließen wollten, dann sollten sie das als Soldaten in der regu-

lären irakischen oder kurdischen Armee tun. Christliche Milizen, so die Sorge des Patriarchen, würden dagegen am Ende „von den gleichen Mächten finanziert und unterstützt, die den Konflikt ausgelöst haben“. Auch der islamistische Extremismus sei „politisch ferngesteuert“, schreibt der Patriarch. Weiter heißt es in dem Schreiben, nichts werde das Christentum aus der Region vertreiben, „solange es Christen gibt, die entschlossen sind, in ihrem Ursprungsland zu bleiben, stolz auf die eigene Identität und ihren Auftrag in diesem Teil der Welt“.

März 2016: Um dauerhaft Sicherheit für die christliche Minderheit im Irak zu schaffen, werde es nicht ausreichen, den IS nur militärisch zu besiegen, gab Erzbischof Bashar Warda von der chaldäisch-katholischen Kirche in Erbil in einem Gespräch mit der Wiener Presseagentur Kathpress zu bedenken. Vielmehr müsse sich auch die negative Einstellung der muslimischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber den religiösen Minderheiten ändern, sagte Warda. Viele christliche Flüchtlinge hätten das Vertrauen in ihre muslimischen Nachbarn verloren. Sie würden nur dann zurückkehren, wenn sie durch massive Sicherheitsmaßnahmen vor neuer Gewalt geschützt würden.

April 2016: In einem Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) rief der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Ludwig Schick, die internationale Gemeinschaft zu einem entschiedeneren Einsatz für den Frieden in Syrien und im Irak auf. „Die Terrorherrschaft des IS muss beendet werden, und den Flüchtlingen ist mit allen Mitteln zu helfen, damit sie überleben können“, so der Erzbischof, der mehrere Tage in der Region unterwegs gewesen war. Die Christen hätten eine besondere Bedeutung für die Region. Die christlichen Gebiete im Irak und in Syrien, in Jordanien und im Libanon seien „urchristliche Gebiete, sie gehören zur Wiege des Christentums. Diese Gebiete dürfen keine christenfreien Zonen werden, schon gar nicht, weil Terroristen dies so wollen“, betonte Erzbischof Schick. Heute leisteten die Christen überall humanitäre Hilfe, und zwar allen Notleidenden, nicht nur Christen, sondern auch Jesiden und anderen Gruppen. Gerade die Werte, für die die Christen stehen, seien wichtig für die Region: „Frieden, Versöhnung, Vergebung, Gemeinwohlorientierung, Solidarität – und das unabhängig von Ethnie oder Religion“.



Der chaldäisch-katholische Priester Thabet Habeb Mansur steht am Grab des Märtyrerpriesters Ragheed Aziz Ganni in der Stadt Karamles im Nordirak. Das Grabmal wurde von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zerstört. Ragheed Aziz Ganni war mit 35 Jahren in Mossul von Islamisten ermordet worden, als diese ihn zur Bekehrung zum Islam aufforderten und er sich weigerte.

Mai 2016: Zum Tag der Freundschaft zwischen Kopten und Katholiken übermittelte Papst Franziskus einen Brief an den Patriarchen der koptisch-orthodoxen Kirche in Ägypten, Papst Tawadros II. Darin bringt Papst Franziskus seinen Wunsch zum Ausdruck, die internationale Staatengemeinschaft möge mehr Einsatz zum Schutz der Christen und anderer religiöser Minderheiten im Nahen Osten zeigen. Er hoffe, dass es der Staatengemeinschaft gelinge, „weise und gerecht“ auf die „beispiellose Gewalt“ zu antworten, unter der besonders die Christen in Syrien und im Irak, aber auch andere religiöse Minderheiten im Nahen Osten litten, so Franziskus. „Meine Gedanken und Gebete sind jeden Tag bei den christlichen Gemeinden in Ägypten und im Nahen Osten, wo so viele Elend und tragische Situationen erleben“, versicherte Franziskus in dem Brief.

Mai 2016: Bei einem Treffen von Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) und der Apostolischen Kirche des Ostens („Assyrische Kirche“) in Moskau erklärte die ROK ihre Bereitschaft, sich stärker für den Schutz der verfolgten Christen im Nahen Osten zu engagieren. In einer Abschlussklärung betont die bilaterale Dialogkommission die Notwendigkeit der Solidarität angesichts der „großräumigen Christenverfolgung im Nahen Osten, vor allem im Irak und in Syrien“.

Juni 2016: Der syrisch-orthodoxe Patriarch Ignatius Aphrem II. und der syrisch-katholische Patriarch Ignatius Youssef III. Younan gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Verfolgung und Vertreibung von Christen aus dem nordirakischen Mossul und der angrenzenden Ninive-Ebene durch IS-Terrormilizen als ethno-religiösen Völkermord bezeichneten. In der vom christlichen Pressedienst Aina verbreiteten Erklärung kritisieren sie die Untätigkeit der internationalen Staatengemeinschaft: „Zwei Jahre nach dem Unglück, das über unser Volk gebracht wurde, bleiben die entscheidungstragenden Länder und die internationale Gemeinschaft still und inaktiv angesichts der ethnischen Säuberung eines historischen Volks, das die Zivilisation dieser Gegend begründet hat.“ Im Juni 2014 hatten islamistische Kämpfer des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) die Stadt Mossul sowie Teile der Ninive-Ebene erobert. Zehntausende Christen wurden vertrieben. In den darauffolgenden Wochen zerstörten die IS-Milizen Kirchen, Klöster sowie archäologische Stätten und nahmen christliches Privateigentum für sich in Besitz. In ihrer Erklärung begrüßten die beiden

Patriarchen „die Entscheidung mancher Länder, diese Terrorakte als Genozid gegen Christen und andere ethnische und religiöse Minderheiten anzuerkennen“. Zugleich übten sie scharfe Kritik an der internationalen Gemeinschaft und an der irakischen Regierung, die keine ernsthaften Bemühungen zeigen würden, Mossul und die Dörfer der Ninive-Ebene von den terroristischen Gruppen wieder zu befreien.

Juli 2016: Gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) äußerte sich der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Heiner Bielefeldt, sehr besorgt über die Zukunft der Christen im Nahen und Mittleren Osten. „Ein historisches Erbe von Jahrtausenden droht dem Furor des Fanatismus zum Opfer zu fallen“, warnte er. Der „Islamische Staat“ (IS) gehe mit Terror und Gewalt gegen Christen und andere Minderheiten wie zum Beispiel Jesiden vor, um ihnen jegliche Zukunft zu rauben. Darüber hinaus versuche er sogar, „auch alle Spuren ihrer Vergangenheit restlos auszulöschen“. In den vergangenen Jahren hätten Hunderttausende Christen Syrien und Irak verlassen. „Ob wenigstens einige von ihnen zurückkehren und ein neues Gemeindeleben aufbauen werden, ist ganz unabsehbar“, so Bielefeldt.

August 2016: Zum zweiten Jahrestag der Vertreibung der Christen aus der Ninive-Ebene durch Milizen des „Islamischen Staates“ (IS) veröffentlichte der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Raphael Sako aus Bagdad ein Schreiben. Darin appelliert er an die internationale Staatengemeinschaft, die Befreiung Mossuls vom IS mit allen Kräften voranzutreiben. Waffenlieferungen in die Region müssten gestoppt werden, ebenso die finanzielle Unterstützung von Terrorgruppen. Sobald der Irak vom IS befreit sei, müsse eine internationale bewaffnete Schutztruppe in der Region um Mossul und in der Ninive-Ebene für Ruhe und Sicherheit sorgen. Noch lebten die vertriebenen Christen in einer „sehr komplizierten Situation des Abwartens“, heißt es in dem Schreiben. Je weiter aber der IS aus dem Irak zurückgedrängt werde, desto mehr wachse unter den vertriebenen Christen die Hoffnung, dass sie eines Tages in ihre Heimatorte zurückkehren könnten.

August 2016: Der Apostolische Nuntius im Irak, Erzbischof Alberto Ortega Martin, beklagte sich gegenüber Radio Vatikan, es werde zwar viel Geld für Waffen ausgegeben, aber nicht in gleicher Weise für humanitäre Hilfe

im Irak. Es gebe bereits 3,5 Millionen Iraker, die vertrieben worden seien, und angesichts der bevorstehenden Kämpfe zur Befreiung der Stadt Mosul aus der Hand des IS werde die Zahl der Flüchtlinge vermutlich noch deutlich ansteigen.

September 2016: Der jordanische Erzbischof Maroun Lahham forderte von der internationalen Gemeinschaft ein Ende des Waffenhandels mit dem Nahen Osten. Die internationalen Akteure wie die USA oder Russland sollten sich aus dem Nahen Osten heraushalten, dann könne es in der Region sehr schnell zum Frieden kommen, erläuterte er der österreichischen Presseagentur Kathpress. „Lasst die Menschen dort selbst über ihre Zukunft entscheiden“, so der Erzbischof. Den internationalen Waffenhandel bezeichnete er als ein schweres Verbrechen, was auch Papst Franziskus so sehe. Erzbischof Lahham hatte an der Jahrestagung der „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) in Salzburg teilgenommen.

September 2016: Der chaldäisch-katholische Erzbischof Bashar Warda aus Erbil stattete der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda einen Besuch ab und berichtete über das Schicksal der Christen im Irak. Nach seinen Worten seien die nächsten Monate entscheidend dafür, „ob das seit 2000 Jahren im Irak heimische Christentum dort eine Zukunft hat oder bis auf kleine museale Reste ausgelöscht wird“. Die Zahl der Christen im Irak sei bereits dramatisch gesunken, von einst rund 1,4 Millionen auf jetzt nicht einmal mehr 300 000. Bischof Warda zeigte sich überaus dankbar für die Hilfe der deutschen Christen. Sie hätten die Christen im Irak finanziell stärker unterstützt als alle anderen Länder zusammen. Das gebe vielen irakischen Christen den Mut, im Irak zu bleiben statt nach Europa zu fliehen. Die chaldäisch-katholische Diözese in Erbil habe mehr als 10 000 christliche Flüchtlingsfamilien aufgenommen, erläuterte Erzbischof Warda. Für sie habe man elf Schulen eingerichtet. Ende 2015 konnte man in Erbil sogar eine katholische Universität einrichten, die jährlich 150 Studenten aufnehmen soll, finanziert über Stipendien.

Oktober 2016: Angesichts der begonnenen militärischen Großoffensive zur Vertreibung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) aus Mossul und der umliegenden Ninive-Ebene warnte der chaldäisch-katholische Weihbischof Shlemon Warduni aus Bagdad vor Racheaktionen. In einem Interview mit

Radio Vatikan erklärte er: „Wir wollen Frieden und Sicherheit, damit das Volk redlich und ruhig leben kann. Wir wollen keine Rache.“ Die Terroristen des IS hätten Dörfer, Kirchen, Moscheen und Kunstwerke zerstört und die Christen vertrieben. Die Schuld für die Gräueltaten liege aber nicht nur beim IS, sondern auch bei denjenigen, die dem IS „Waffen und Munition verkauft“ und ihm auf dem Schwarzmarkt illegal gefördertes Erdöl abgekauft hätten. Die Staatengemeinschaft habe „nur zugeschaut“, kritisierte der Weihbischof. „Es hätte genügt, den Terroristen keine Waffen zu verkaufen; es hätte genügt, ihnen die Finanzquellen abzuschneiden.“ Das aber sei nicht geschehen, und so sei der „vorübergehende Sieg des Bösen“ möglich geworden. Nun werde der IS wieder zurückgedrängt. Wichtig wäre, dass es dabei nicht zu Racheakten kommt. Leider seien diese aber zu befürchten, weil es keinen „humanen, wahrhaft religiösen Geist“ mehr gebe, so Warduni. Solange es noch Hass und Rache gebe, sei an eine Rückkehr der Christen nach Mossul und in die Dörfer der Ninive-Ebene nicht zu denken.

November 2016: Bei einer Tagung über Gewalt in Judentum, Christentum und Islam rief der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck die Religionsgemeinschaften zu mehr Engagement für den Frieden auf. Mit Blick auf die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) sagte er, dass auch ein militärischer Sieg über den IS das „radikal-islamische Gedankengut“ nicht beseitigen werde. Vielmehr sei eine „nachhaltige inhaltliche Auseinandersetzung“ mit einer solchen Ideologie notwendig. Es sei „dringend an der Zeit“, dass sich die Religionen auf ihr „konstruktives und friedensstiftendes Potenzial“ besännen, so Bischof Overbeck. Die Auffassung, die Gewalt des IS sei eine „natürliche“ Folge der islamischen Religion, wies Overbeck zurück. Man müsse deutlich unterscheiden zwischen fundamentalistischen oder politisierenden Strömungen, „die Religion verzwecken“, und der Religion selbst.

Januar 2017: Bei einem Besuch des katholischen Hilfswerks missio forderte der syrisch-katholische Patriarch Joseph Younan die Errichtung einer Sicherheitszone für Christen rund um die Stadt Karakosch, die ehemals größte christliche Stadt in der Ninive-Ebene. Viele Christen hätten nur noch wenig Hoffnung auf eine bessere Zukunft für sich im Irak und spielten mit dem Gedanken, das Land zu verlassen und ins Ausland zu gehen. Der Pa-

triarch befürchtet, dass bald keine Christen mehr im Irak leben werden. Damit Christen sich zum Bleiben entschließen, sei neben einer Sicherheitszone auch mehr Autonomie in den Bereichen Bildung und Kultur erforderlich.

Februar 2017: In einem Interview mit der Tageszeitung „Heilbronner Stimme“ forderte der Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche, Ignatius Efreim II. Karim, von den europäischen Regierungen eine stärkere Unterstützung für die christliche Minderheit in Syrien und im Irak. Gerade die Christen bekämen die Folgen einer gescheiterten westlichen Nahost-Politik zu spüren. Es müssten noch viel größere Anstrengungen unternommen werden, um den anhaltenden Exodus der Christen in Syrien und im Irak zu beenden. Sonst werde es dort eines Tages keine Christen mehr geben. „Diese Gefahr ist sehr real“, so Efreim II. Damit Christen im Irak und in Syrien in Sicherheit leben könnten, sei ein international garantierter Schutz nötig: „Wir glauben, dass es Christen und anderen Minderheiten ermöglicht werden sollte, ihre eigene international geschützte Enklave zu bekommen. Das gilt vor allem für die Ninive-Ebene.“ Auch sei ein breiterer interreligiöser Dialog nötig. Im Kampf gegen radikale Ideologien seien auch muslimische Geistliche gefordert: „Zunächst sollte es eine klare Verurteilung der Ideologien des IS seitens der islamischen Zentren wie der Al-Azhar-Universität und anderer Einrichtungen geben. Zweitens ist eine Revision der islamischen religiösen Lehrpläne nötig, um sicherzustellen, dass es keine Interpretation der islamischen Texte zur Unterstützung der IS-Ideologien gibt.“

Februar 2017: Gegenüber dem domradio in Köln klagte der chaldäisch-katholische Erzbischof Baschar Warda aus Erbil darüber, dass die irakische Regierung zu wenig für eine Versöhnung der Religionen im Land tue. Die Regierung bekämpfe zwar den IS, lasse es aber zu, dass Christen und Jesiden weiterhin benachteiligt würden. Die westliche Welt müsse daher mehr politischen Druck auf die irakische Regierung ausüben, damit diese die Menschenrechte der religiösen Minderheiten stärker beachte und besser schütze.

Februar 2017: Zum Auftakt einer Europa-Reise äußerte sich der syrisch-katholische Erzbischof von Mossul, Yoanna Petros Mouche, in der Stadt Essen

skeptisch über die Aussichten der Christen im Irak. Die Christen dort fühlten sich „weiter sehr unsicher“. Auch wenn der IS militärisch immer weiter zurückgedrängt werde, so bleibe die Ideologie des IS doch „immer noch sehr stark“. Viele vertriebene Christen hätten zwar den Wunsch, in ihre Heimat in der Ninive-Ebene zurückzukehren. Gleichzeitig hätten sie aber auch große Bedenken. Viele Wohnhäuser der Christen seien niedergebrannt worden. Das sei als „Drohung gegen uns“ zu verstehen und zeige, „wie groß der Hass der Nachbarbevölkerung ist“. Den Christen drohe Gefahr vor allem aus den Reihen der Sunniten und der Gruppe der Shabak. Die Christen im Norden des Iraks bräuchten eine „mächtige Seite, die uns für Sicherheit bürgt“. Viele wünschten sich eine Form der Selbstverwaltung. Wichtig sei Hilfe von außen, so der Erzbischof: „Wir setzen keine große Hoffnung in die Zentralregierung und bitten um aktive Unterstützung der Weltgemeinschaft.“ Die christliche Gemeinschaft im Irak brauche dringend Hilfe, viele Christen seien durch die anhaltende Gewalt und durch Flucht und Vertreibung inzwischen verarmt.

März 2017: Bischöfe von drei christlichen Konfessionen unterschrieben in der irakischen Stadt Erbil eine gemeinsame Erklärung, um den Wiederaufbau zerstörter Häuser in christlichen Dörfern in der Ninive-Ebene zukünftig gemeinsam zu koordinieren. Es wurde ein neunköpfiges Gremium zur Planung und Überwachung des Wiederaufbaus bestimmt. Zu diesem Wiederaufbau-Komitee gehörten jeweils zwei Vertreter der syrisch-katholischen, der syrisch-orthodoxen und der chaldäisch-katholischen Kirche sowie drei Vertreter, die vom katholischen Hilfswerk KIRCHE IN NOT vorgeschlagen wurden. „Heute sind wir wirklich eine vereinte Kirche“, betonte der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Antiochien und Abt des Klosters vom heiligen Matthäus, Monsignore Timothy Mosa Alshamany, nach der Vertragsunterzeichnung. Gemeinsam werde man die Häuser aufbauen, den Menschen, die in den zerstörten Städten geblieben sind, eine Hoffnung geben und die geflüchteten Christen zu einer Rückkehr in ihre Heimat einladen. Für die Verteilung der Mittel wurde beschlossen, die gesammelten Spenden jeder Konfession im Verhältnis zur Anzahl der beschädigten Häuser von Angehörigen ihrer Glaubensgemeinschaft zuzuweisen.

Juni 2017: Trotz der massiven Bedrohung und Einschüchterung der Christen durch den „Islamischen Staat“ habe es unter den Christen keine Konver-

sionen zum Islam gegeben. Diese Einschätzung äußerte der päpstliche Nuntius im Irak, Erzbischof Martin Alberto Ortega, gegenüber dem spanischsprachigen katholischen Internetportal Infocatolica.com. Bei der Eroberung der irakischen Städte hätten die IS-Kämpfer Christen regelmäßig vor die Wahl gestellt, entweder zum Islam überzutreten, eine Sondersteuer für Christen zu bezahlen oder die Stadt zu verlassen, erläuterte der Nuntius. Viele Christen hätten sich für das Letztere entschieden und dadurch ihren ganzen Besitz verloren. Nun, nach der Rückeroberung der vom IS besetzten Gebiete, würden die Christen allmählich zurückkehren, ihre Häuser aber zerstört und verbrannt vorfinden. Besonders beeindruckt zeigte sich Erzbischof Ortega von der inneren Haltung der Christen im Irak. Niemand von ihnen beschwerte sich über die Vorfälle, „sie haben sogar Worte der Vergebung und beten für die Bekehrung jener, die sie vertrieben haben“, berichtete er.

Juni 2017: Bei einer Tagung der kirchlichen Hilfswerke für die Ostkirchen im Vatikan forderte Papst Franziskus mehr Solidarität mit den bedrängten Christen im Nahen Osten. Vor allem in Syrien, dem Irak und Ägypten litten die Christen „unter Krieg und sinnloser Gewalt durch fundamentalistische Terroristen“, so der Papst. Die Kirche dürfe nicht vergessen, dass diese Christen wegen ihres Glaubens leiden und sterben würden, und zwar unabhängig davon, ob sie Katholiken, Orthodoxe oder Protestanten seien. Der Papst betonte auch, dass es wichtig sei, die Kultur und Tradition der Ostkirchen zu bewahren: „Die Ostkirchen hüten so viele ehrwürdige Erinnerungen, Kirchen, Klöster, Heilige Stätten – die müssen bewahrt und erhalten werden.“

Juli 2017: Am 9. Juli 2017 verkündete die irakische Regierung die vollständige Rückeroberung der Stadt Mossul aus den Händen des „Islamischen Staates“ (IS). Die Rückeroberung hatte im Oktober 2016 begonnen. Bei den Kämpfen sind große Teile der Stadt zerstört worden, Tausende Menschen kamen ums Leben, darunter viele Zivilisten.

August 2017: Drei Jahre nach der Eroberung der Stadt Mossul durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ äußerte sich Erzbischof Amil Shamaaoun Nona, der frühere Leiter der chaldäisch-katholischen Erzdiözese von Mosul, in einem Interview mit KIRCHE IN NOT zur jetzt erfolgten Befreiung

der Stadt von der Gewaltherrschaft des IS. Man dürfe nicht leichtfertig davon ausgehen, dass der IS schon besiegt sei: „Der IS ist nicht nur eine Kampftruppe, sondern eine Ideologie.“ Mossul sei zwar militärisch befreit, aber der Kampf gehe weiter: „Es gilt, die Wurzel dieser brutalen und unmenschlichen Denk- und Handlungsweise zu besiegen. Die Christen können nicht einfach ein normales Leben wiederaufnehmen, wenn die Gesellschaft, die eine Ideologie wie den IS hervorgebracht hat, heute noch dieselbe ist wie vor drei Jahren.“ Auf die Frage, ob er noch eine Zukunft für die Christen im Irak sehe, antwortete der Erzbischof: „Das ist schwer zu sagen. Es gibt so viele Belastungen, traumatische Erinnerungen und Not. Aber ich hoffe und bete, dass die Christen im Irak bleiben und sich wieder eine gute Zukunft aufbauen können.“ Das aber hänge auch von solidarischer Hilfe aus dem Ausland ab: „Seit 2000 Jahren leben Christen im Irak. Es besteht die Gefahr, dass sie jetzt alles verlieren, wenn sie keine Unterstützung bekommen. Helfen Sie Ihnen, zu bleiben und als Christen in diesem Land zu leben!“

September 2017: Am 25. September 2017 führten die Kurden im Norden des Iraks gegen den Willen der Zentralregierung eine Volksabstimmung über ihre Unabhängigkeit durch. 92 Prozent der Teilnehmer stimmten für eine Abspaltung der kurdischen Region vom Irak. Die irakische Zentralregierung erklärte, das Referendum sei nicht verfassungsgemäß. Vize-Präsident Nuri al-Maliki sagte, „das Referendum sei eine Kriegserklärung an die Einheit des irakischen Volks“.

September 2017: Die päpstliche Stiftung KIRCHE IN NOT meldete, dass inzwischen mehr als 2500 christliche Familien in die vom „Islamischen Staat“ (IS) zerstörte irakische Stadt Karakosch zurückgekehrt seien. Weitere 500 Familien würden bis Ende des Monats folgen. Karakosch gilt als die größte christliche Siedlung in der Ninive-Ebene. Die Christen hätten ihre Rückkehr mit einer von gepanzerten Fahrzeugen der Sicherheitskräfte begleiteten Prozession und einem Gottesdienst gefeiert. Der Nahost-Beauftragte von KIRCHE IN NOT, der Priester Andrzej Halemba, rief bei einem Gottesdienst in der syrisch-katholischen Kirche von Karakosch zur Versöhnung auf. Die christlichen Heimkehrer sollten denen vergeben, die sie vertrieben hätten. Als Zeichen der Hoffnung erhielt anschließend jede Familie einen Olivenbaum.

September 2017: Die päpstliche Stiftung KIRCHE IN NOT lud Ende September 2017 Regierungsvertreter, Geschäftsleute und Medienvertreter zu einer Konferenz ein, bei der über Maßnahmen zur Rückkehr christlicher Flüchtlinge in die Ninive-Ebene beraten wurde. Führende Vertreter des Vatikans und der Gemeinschaft der irakischen Christen, darunter der Kardinalstaatssekretär Pietro Kardinal Parolin, der chaldäische Patriarch Louis Rafael Sako und der syrisch-katholische Erzbischof von Mossul, Boutros Moshe, sprachen über die Herausforderungen und Perspektiven der christlichen Gemeinden in der Ninive-Ebene. Kardinal Parolin warnte in dem Zusammenhang vor einer Ghettoisierung der Christen in der Nahostregion. Vielmehr müssten die Christen, die in die vom IS befreiten Gebiete im Irak zurückkehrten, die gleichen Rechte haben wie alle anderen Bürger. Darauf werde der Vatikan stets bestehen. Auch Patriarch Sako forderte gleiche Bürgerrechte für alle Einwohner des Iraks. Fundamentalismus und Stammesdenken müssten durch eine bessere Bildung und durch eine Kultur des Dialogs in Politik und Kultur überwunden werden. Außerdem sei eine Trennung zwischen Religion und Staat erforderlich.

Oktober 2017: Nach dem Unabhängigkeitsreferendum in den kurdischen Gebieten im Nordirak reagierte die irakische Zentralregierung mit militärischen Maßnahmen. Die irakische Armee und schiitische Milizen marschierten in mehrere Städte im kurdischen Gebiet ein und lieferten sich dort Gefechte mit kurdischen Peschmerga-Kämpfern. Dabei kam es auch zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung. Häuser wurden in Brand gesteckt und geplündert. Mehrere Tausend Menschen, darunter auch Christen, ergriffen die Flucht vor den gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Oktober 2017: In einer gemeinsamen Erklärung brachten katholische und orthodoxe Bischöfe ihre Sorge zum Ausdruck, dass nach dem Unabhängigkeitsreferendum der Kurden ein neuer, langwieriger Konflikt um die umstrittenen Gebiete entstehen könnte, mit neuen Gefahren für die christliche Minderheit im Irak. Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehörten unter anderem der chaldäisch-katholische Erzbischof Baschar Warda von Erbil und der syrisch-orthodoxe Erzbischof Nikodemus Scharaf aus Mossul. Die Bischöfe kritisierten die Zuspitzung der Lage: „Während die Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung um den Einfluss in der Region kämpfen, sind die vom sogenannten ‚Islamischen Staat‘ (IS) befreiten Gebiete in

einem erbärmlichen Zustand. Die Regierungen unternehmen keinerlei Anstrengung, das Gebiet wiederaufzubauen.“ Die Rückkehr der Christen in die Ninive-Ebene würde so erschwert; sie säßen „zwischen den Fronten“. „Die letzten verbliebenen christlichen Gebiete dürfen nicht in die politische Auseinandersetzung hineingezogen werden. Unsere geschwächte christliche Gemeinschaft würde eine weitere Spaltung nicht verkraften“, warnen die Bischöfe. Die Ninive-Ebene dürfe auf keinen Fall geteilt werden. Weitere Konflikte würden zu neuen Auswanderungswellen führen und die ohnehin dezimierten christlichen Gemeinden würden weiter ausbluten. Aus Sorge, die Christen könnten in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden, forderten die Bischöfe, den Einsatz und die Lieferung von Waffen auf die offiziellen staatlichen Sicherheitskräfte zu beschränken. Sie riefen zur Deeskalation auf, auch in den Medien. „Wir hoffen, dass es beiden Seiten gelingt, eine angemessene Lösung zu finden, statt Hassgefühle zu verbreiten und dadurch den Konflikt weiter zu schüren“, so die Bischöfe.

Oktober 2017: Die Bischöfe der chaldäisch-katholischen Kirche hielten in Rom eine Synode unter der Leitung des Patriarchen von Bagdad, Louis Raphael Sako, ab. Papst Franziskus rief die chaldäischen Bischöfe in diesem Zusammenhang zum Wiederaufbau ihrer Gemeinden und zum Einsatz für die Einigung der Gesellschaft auf. Sie sollten die ökumenische Zusammenarbeit und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren fördern und alles tun, um eine Rückkehr der vertriebenen Christen zu ermöglichen.

Oktober 2017: Der Dachverband der Assyrer, die „Assyrische Konföderation in Europa“ (ACE), warnte vor einer Unterdrückung der christlichen Minderheit durch die autonome kurdische Regionalregierung. Diese wolle Bestrebungen der Assyrer zu mehr Selbstbestimmung vereiteln. Der Verband forderte demgegenüber die Einrichtung einer Schutzzone für Assyrer in der Ninive-Ebene. Nur so könne für die Minderheit die Sicherheit gewährleistet werden, „in welcher die Assyrer autonom und somit frei ihre Sprache, Kultur und Religion ausleben können“. Die Zahl der Assyrer im Irak sank nach Angaben des Verbandes von rund einer Million im Jahr 2003 auf gegenwärtig etwa 300 000.

November 2017: Am 15. November 2017 erhielt Papst Franziskus am Rand der Generalaudienz eine Sonderanfertigung eines Lamborghini „Huracan“

in den Vatikanfarben Weiß und Gold zum Geschenk. Der Papst unterschrieb auf der Motorhaube des Sportwagens, segnete das Auto – und schenkte es gleich wieder zurück, um Menschen in Not zu helfen. Das Luxusauto wurde für eine Versteigerung beim Auktionshaus Sotheby's freigegeben. Ein Teil des Erlöses ging an das Hilfswerk KIRCHE IN NOT, um auf diesem Weg in das Projekt zum Wiederaufbau zerstörter christlicher Dörfer in der irakischen Ninive-Ebene einzufließen.

November 2017: Der syrisch-katholische Erzbischof von Mossul, Boutros Moshe, beklagte sich gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) über das mangelnde Engagement der internationalen Staatengemeinschaft für die Rechte der Christen im Irak. Viele Christen im Irak fühlten sich im Stich gelassen. Die Weltgemeinschaft müsse mehr politischen Druck auf die Regierung in Bagdad ausüben, dass die Christen im Irak als gleichberechtigte Bürger anerkannt würden. Der IS sei zwar militärisch besiegt, die extremistische Ideologie existiere aber weiterhin, und man müsse aufpassen, dass sich die Konflikte der Vergangenheit nicht wiederholen. Daher brauche es eine starke, säkulare Regierung, die die Leitlinien der staatlichen Verfassung richtig umsetzt. Für die Stadt Mossul habe er allerdings wenig Hoffnung, dort würden jetzt keine Christen mehr leben. Dass viele Christen dorthin zurückkehren würden, erwarte er nicht. Vielmehr würden viele Christen ihre Häuser dort verkaufen, um die Stadt endgültig zu verlassen.

Dezember 2017: Am 8. Dezember 2017 konnte die vom IS schwer beschädigte Kirche St. Georg der chaldäisch-katholischen Gemeinde in Telskuf in der Ninive-Ebene nach umfangreichen Renovierungen neu eingeweiht werden. Es war das erste wiederhergestellte Gotteshaus nach der Zerstörung durch den sogenannten „Islamischen Staat“. „Sie ist noch herrlicher geworden als vorher. So ist Gottes Vorsehung“, kommentierte der sichtlich bewegte Erzbischof Bashar Warda aus Erbil die Wiedereröffnung. Weiter sagte er: „Es ist der Hilfe aus dem Ausland zu verdanken, dass wir den Sieg der Rückkehr feiern können. Der IS wollte uns auslöschen. Der IS ist verschwunden, wir sind da. Die christliche Präsenz bleibt erhalten.“ Die Kirche war beim IS-Einmarsch schwer beschädigt und später auch geplündert worden. Ihre Wiedereröffnung war ein wichtiges Symbol der Ermutigung für rückkehrwillige Christen.

Dezember 2017: In seiner Weihnachtsbotschaft forderte der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Raphael Sako das irakische Volk zu mehr nationaler Einheit auf. Alle Iraker müssten als Bürger mit gleichen Rechten in einer geeinten Nation zusammenleben, unabhängig von ihrer religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit. Die irakische Regierung forderte der Patriarch auf, die Rückkehr der Christen in ihre vom IS befreiten Dörfer und Städte in der Ninive-Ebene zu unterstützen. Dazu gehöre auch die Anerkennung der christlichen Kultur und des christlichen Erbes als wesentlicher Teil der irakischen Geschichte. Zugleich kritisierte er Vorhaben, in den Dörfern und Städten der Ninive-Ebene verstärkt Muslime anzusiedeln

Februar 2018: Die österreichische Stiftung „Pro Oriente“ berichtet über Meldungen aus dem Irak, nach denen es Bestrebungen gibt, die Bevölkerungsstruktur in der Ninive-Ebene zum Nachteil der Christen zu verändern. Mit Unterstützung aus Kreisen der Zentralregierung in Bagdad würden Schiiten aus dem Südirak in die Ninive-Ebene umgesiedelt. Es gab auch Berichte über Einschüchterungsversuche gegenüber christlichen Familien und die illegale Aneignung von Immobilien, die christlichen Familien gehörten. Die Einschüchterungsversuche gingen von schiitisch geprägten Volksbefreiungsmilizen aus, aber auch Schabak-Kämpfer seien beteiligt gewesen.

März 2018: Auf Einladung des chaldäisch-katholischen Patriarchen Louis Raphael Sako fand in Bagdad ein interreligiöses Treffen statt, auf dem über Möglichkeiten beraten wurde, wie man religiösen Fanatismus und religiös motivierte Gewalt bekämpfen kann. Nach Angaben des römischen Pressedienstes „Fides“ nahmen daran rund 30 Religionsvertreter teil, darunter schiitische und sunnitische Muslime, Christen, Sabäer und Jesiden. Auch der päpstliche Botschafter im Irak, Erzbischof Alberto Ortega Martin, gehörte zu den Teilnehmern. Es seien Pläne diskutiert worden, ein Gremium zu schaffen, in dem Wissenschaftler und Gelehrte sowie Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften regelmäßig zusammenkommen, um die Beratungen fortzusetzen. Auch habe man über Möglichkeiten gesprochen, religiöse Predigten und Kurse in religiösen Bildungseinrichtungen inhaltlich zu überprüfen. Das Treffen endete mit einem Aufruf an das irakische Parlament, ein Gesetz zu verfassen, mit dem religiöse Hasspropaganda und religiös motivierte Aufrufe zur Gewalt unter Strafe gestellt werden.

Quellen

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)*
- *Wilfried Buchta, Terror vor Europas Toren, Campus Verlag, Frankfurt a. M. 2015*
- *Deutsche Welle (DW): www.dw.com*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Kathpress*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*